

FORTSETZUNG

betonen. Man sieht also deutlich: Diese Regierung betreibt Wohlfahrtschauvinismus: Die einen kriegen was, die anderen nichts.

Die FPÖ haben auch viele gewählt, denen diese Politik schaden wird. Man hat derzeit nicht das Gefühl, dass sich diese Wähler bereits von der FPÖ abgewandt haben. Ist das nicht paradox?

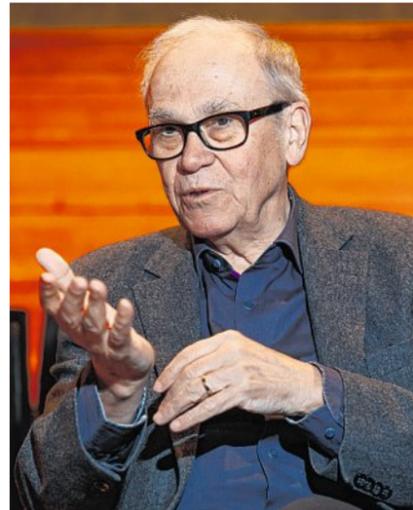
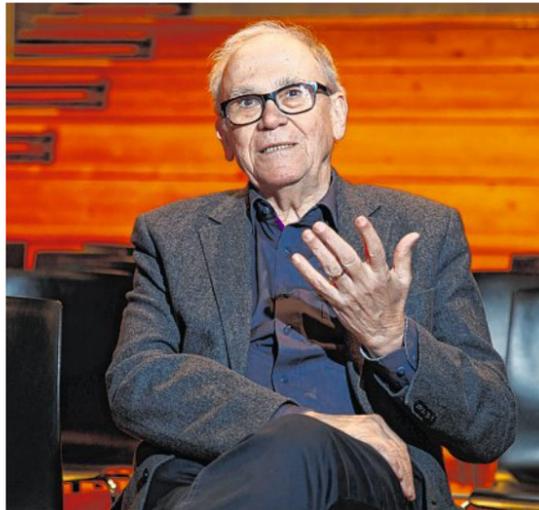
Wir wissen noch nicht, ob sie sich abwenden werden. Trotz negativer Auswirkungen ist die Zustimmung nach wie vor relativ groß. Warum? Weil sich viele denken, dass Maßnahmen wie der Familienbonus gut sind, denn er kommt ja denjenigen zugute, die arbeiten und nicht jenen, die „in der Früh nicht aufstellen wollen“...

Aber diese produzierte Ungleichheit muss doch für Protest sorgen?

Noch wird das Gesamte nicht gesehen. Die Regierung schafft es, die für sie günstigen Punkte stark in den Blickpunkt zu stellen. Irrsinnig clever. Kaum wird eine kritische Stimme laut, bringt der ganze Regierungstross, der nur darüber nachdenkt, wie Kritik verhindert werden kann, neue Themen. Kaum kommt ans Licht, dass im BVT eigenartige Dinge getrieben wurden, blockiert Kurz und übt sich im Wien-Bashing. Bei der Diskussion um die Höchstarbeitszeit kam plötzlich das Thema Schächten auf. Ein weiterer Punkt ist, dass bestimmte Medien – und da werden Sie mir sicher zustimmen – nur Dinge, die für die Regierung sprechen, in den Vordergrund rücken.

Wie können sich die Sozialpartner in diesem Komplex positionieren?

Die Analyse von einem Jahr Schwarz-Blau lautet: Die Sozialpartnerschaft ist quasi ausgeschaltet. Schon unter Schüssel war der Druck auf die Sozialpartnerschaft groß. Aber im ersten Jahr von Kurz und Strache sind ganz wesentliche Entscheidungen nicht mehr unter paritätä-



STECK BRIEF

Geboren 1944 im Burgenland, studierte Katholische Theologie, Geschichte und Politikwissenschaft, ab 1983 Professur an der Uni Wien (Politikwissenschaft), Autor zahlreicher Publikationen, Träger zahlreicher Auszeichnungen.

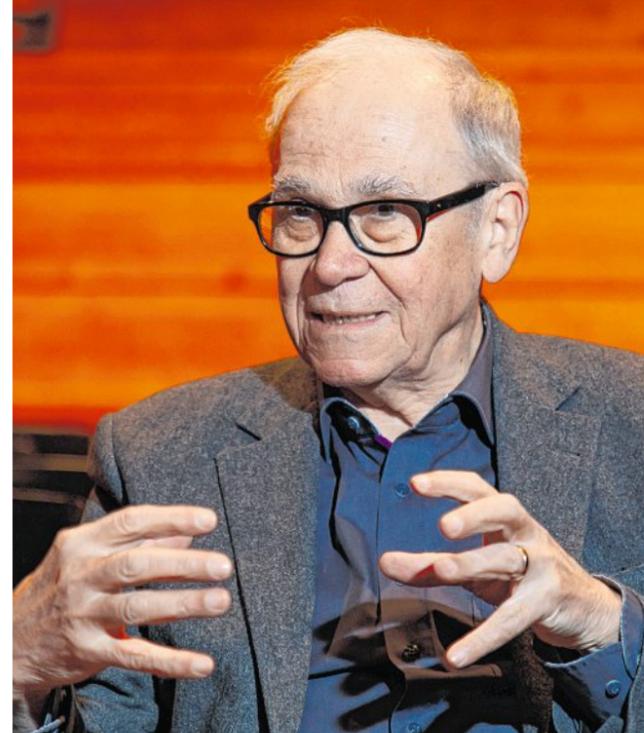
tischer Einbindung der Interessenorganisationen getroffen worden. Maßnahmen, die die Arbeitnehmer treffen, werden mit Arbeiterkammer und ÖGB nicht verhandelt. Das Gesetz zur Höchstarbeitszeit wurde verabschiedet ohne auch nur eine Minute Verhandlungen. Die Zeit der Verhandlungen ist vorbei. Im Regierungsprogramm kommt die Sozialpartnerschaft nicht vor. Und seit der Schlüssel-Regierung haben sich auch die leitenden Köpfe bei den Interessenvertretungen geändert. Ex-Wirtschaftskammer-Präsident Leitl hat immer darauf geachtet, dass die Arbeitnehmer nicht vollkommen unter die Räder geraten. Er wollte zugunsten eines kurzfristigen Erfolgs nicht den langfristigen Partner vergraulen. Heute fährt die Wirtschaftskammer selbst eine Strategie, die die Sozialpartnerschaft in Frage stellt. Mahrer hat in seiner Antrittsrede gesagt: „Es gibt halt viele, die sind immer gegen etwas, und das sind in Wirklichkeit auch die Gegner unserer Republik.“ Leitl hätte sich eher die Zunge abgebissen, als so etwas zu sagen. Sozialpartnerschaft ist ein System auf freiwilliger Basis. Wenn einer aussteigt, steigt er aus. Nun steigen

aber zwei aus: die Regierung und die Wirtschaftskammer.

Die Sozialdemokraten befinden sich nicht nur in Österreich in der Krise. Haben sie im Laufe der Jahrzehnte ihre Ziele erreicht und kommt es nun zu einem natürlichen Erlahmen, oder hat die Sozialdemokratie einfach wichtige Dinge verschlafen?

Letzteres mit Sicherheit. Die Sozialdemokratie war quasi eine verbeamtete Regierung, es gab kaum Zeiten, in denen sie nicht mitregiert hat. Dieser Machtfaktor war unhinterfragt und hat die Sicht auf so manches verstellt. Die substanziellen Veränderungen in der Arbeitswelt setzen der Sozialdemokratie zu. Das Dauerhafte an Arbeitsverhältnissen fällt weg, Leiharbeiter etwa haben Schwierigkeiten, weil ihr Einkommen nicht reicht, und die Arbeitslosigkeit ist gestiegen. Auch die Bedingungen, unter denen die Sozialdemokratie als politische Kraft agierte, haben sich extrem verändert. Beispielsweise durch den EU-Beitritt.

Aber ist es nicht so, dass die jetzige Regierung Wunden aufreißt, die genau in den Themenkomplex der Sozialdemokratie fallen? Ist das keine Chance?



Fotos: Hofmeister Bernd

Der Sozialstaat zählt zu den Kernthemen des Politikwissenschaftlers Tálos.

Es ist leider unklar, was eine sozialreformerische Partei unter diesen stark veränderten Bedingungen schaffen kann. Die Sozialdemokratie hat sich zu lange auf dem Machtpolster ausgeruht. Nun muss sie zeigen, dass sie ganz andere Vorstellungen hat als die Regierung. Eine Oppositionspartei muss kontrollieren und kritisieren – aber das alleine reicht nicht. Sie wird erst dann wieder gewählt werden, wenn sie der Bevölkerung vermittelt, welche Vorstellungen sie hat und warum diese Vorstellungen besser sind als die der jetzigen Regierung. Das Bemühen ist wohl da, ob es auch realisiert wird, ist eine andere Frage.

Was wünschen Sie sich für Österreich?

Ich wünsche mir eine Politik, die die sozialen Chancen in der Bevölkerung gut verteilt. Eine Gesellschaft, in der nicht der eine gegen den anderen ausgespielt wird, und wo es möglich ist, teilzuhaben – egal, wie viel man verdient. Die unterschiedlichen Interessen, die in einer Gesellschaft existieren, sollten ausgeglichen werden, anstatt einen noch größeren Keil hineinzutreiben und die Neidkomplexe zum Blühen zu bringen. Das wird aber erst unter anderen Machtverhältnissen möglich werden.

Schneiders Brille



ROBERT SCHNEIDER

Schlaflos wegen Brexit

Ich wundere mich immer wieder darüber, wie es selbsternannte Korrespondenten und solche, die es wirklich sind, verstehen, eine Panik im Land zu schüren, die sich am Ende doch nur als heiße Luft herausstellt. Zuletzt war das beim Atomstreit zwischen den USA und Nordkoreas Machthaber Kim Jong-un der Fall. Das ist ein Weilchen her. Ein Bekannter sagte mir damals, dass er tief in Sorge sei und die Welt womöglich nicht mehr lange existieren werde. Richtig Angst hatte der Gute, dass ihn die Bombe am Haggen in Bregenz erwischen könnte. Im Schlaf sozusagen.

Wie sich die Szenarien gleichen. Die gegenwärtige Angstkampagne (Project Fear Campaign) vor den nicht absehbaren wirtschaftlichen Schäden des Brexit kocht über. Da ist die Rede vom Totalzusammenbruch der EU. Sogar von bürgerkriegsähnlichen Zuständen. „Die Schockwellen könnten sich im derzeitigen Umfeld als katastrophal erweisen“, schreibt die britische Zeitung „The Mail on Sunday“. Schockwellen. Allein das Wort! Alle schreien, aber keiner kann mir erklären, was nun wirklich anders wird, wenn das Vereinigte Königreich mit dem „Ihr könnt uns mal!“ Ernst macht. Gut, es wird für die Premier League schwieriger werden, begnadete Fußballspieler aus Kontinentaleuropa nach Großbritannien zu holen, wegen des Visums und der Arbeitserlaubnis. Das leuchtet mir ein. Und dass BMW die Schweißperlen auf der Stirn stehen, ist mir auch klar, wird doch im englischen Oxford der Dauerbrenner „Mini“, der britisch-deutsche Verkaufsschlager, gefertigt. Eine Untersuchung der Bertelsmann-Stiftung, zusammen mit dem Münchner Wirtschaftsforschungsinstitut, kommt zu dem Ergebnis, dass der Brexit die Briten langfristig bis zu 300 Milliarden Euro an Wohlstand kosten wird.

Zwei Dinge scheinen mir sicher: Es stehen jahrelange Auseinandersetzungen zwischen Brüssel und London über die künftigen Handelsspielregeln sowie die Regelung des Binnenmarkts bevor und, zweitens, mein Bekannter am Haggen in Bregenz wird wieder sorgenvolle, ja schlaflose Nächte haben.